

ROLAND RECK

# Vor den Kopf gestoßen

**AULENDORF.** Das Weihnachtsfest fiel anders aus, als Annabel Munding sich das vorgestellt hat und erst recht nicht, wie man sich das wünscht. Dazu bedarf es keiner Hellseherei. Die Leiterin der Volkshochschule Oberschwaben erhielt in der Adventszeit die Kündigung. Warum? Darüber herrscht großes Schweigen, bei denen, die die Kündigung verantworten und noch größeres Erstaunen, ja Entsetzen bei denen, die als Mitarbeiterinnen betroffen sind.



Zum Semesterbeginn im Herbst 2018 bot die Volkshochschule Oberschwaben 350 Kurse mit 140 Dozenten an. Dazu stellt die Schwäbische Zeitung erstaunt fest: „Während sich heutzutage Vereine oder gemeinnützige Organisationen vermehrt damit schwer tun, engagierte Menschen zu finden, hat die VHS keine Probleme bei der Akquise von Kursleitern.“

Die Mitglieder unterliegen der Schweigepflicht. Aber da die Volkshochschule eine öffentliche Einrichtung ist, die mit Steuermitteln finanziert wird, kann man das Begehren verstehen, zu erfahren, warum eine bis dato völlig untadelige Geschäftsführerin plötzlich die Rote Karte gezeigt bekommt.

Das sieht der Vorsitzende der Verbandsversammlung allerdings anders, wobei man nicht weiß wie. Der Aulendorfer Bürgermeister Matthias Burth hüllt sich in steinernes Schweigen. Keinerlei Auskünfte, außer der Nennung des letzten Sitzungstermins am 19. November 2018, bei dem die Personalie Thema war, gibt der Bürgermeister nichts preis. Das lässt sich für die inhaltlichen Fragen verstehen, doch warum beantwortet weder Burth noch sein Schussenrieder Amtskollege Joachim Deinet die Frage, ob es denn überhaupt zu einem förmlichen Beschluss mit Abstimmung zu der Kündigung kam? Dass ein solch förmlicher Beschluss zwingend ist, bestätigt der Schultes: denn „für Personalentscheidungen, die die Leitung der Geschäftsstelle betreffen, ist die Verbandsversammlung zuständig und hierfür ist eine formale Beschlussfassung der Verbandsversammlung erforderlich“.

Es sei, so heißt es aus der Versammlung, zwar zu einer Abstimmung und somit auch zu einem Beschluss gekommen, aber dieser habe nicht zwingend zur Kündigung führen müssen. Es bleibt nebulös, ebenso wie die Frage unbeantwortet bleibt, ob es zuvor eine Aussprache der Versammlung mit der

Volkshochschulleiterin gab. Dass der Rauswurf gegen den Willen des Aulendorfer Bürgermeisters, der als Vorsitzender der Verbandsversammlung direkter Ansprechpartner der geschassten Geschäftsführerin war, erfolgte, ist kaum vorstellbar. Karin Halder, Versammlungsmitglied, fiel auf jeden Fall aus allen Wolken, als sie aus dem Karibikurlaub zurückkam und aus einem Brief von Bürgermeister Burth von der Kündigung erfuhr. „Ich bin völlig schockiert!“ Die Aulendorfer Gemeinderätin: „Ich finde, dass Frau Munding einen guten Job macht.“

Was will man mehr? Wenn man mehr hören möchte, dann sollte man mit den VHS-Mitarbeiterinnen reden. Zehn sind es insgesamt, drei davon arbeiten in der Geschäftsstelle in Aulendorf mit Annabel Munding direkt zusammen. Einen Betriebsrat gibt es nicht, brauchte es offensichtlich bisher auch nicht, denn die Frauen in der Geschäftsstelle loben ihre Chefin über den grünen Klee. Sie habe großes Geschick in der Mittelbeschaffung und der Programmgestaltung bewiesen, die Volkshochschule sei bestens aufgestellt und erfahre großen Zuspruch und: „Wir haben noch nie eine so gute Chefin gehabt!“ Note: „Eins mit Sternchen“.

Und nun zum Kündigungsgrund: „Kommunikationsprobleme“ habe Herr Burth den verduztzten Mitarbeiterinnen als Begründung genannt. Die lapidare Empfehlung aus der Volkshochschule lautet: „An Kommunikationsproblemen muss man arbeiten“, sprich kommunizieren statt kündigen. Es habe im Vorfeld keinerlei Anzeichen und erst recht keine Aussprachen für diese Entscheidung gegeben. Das macht Angst oder vorsichtig formuliert, man weiß ja nie: „Wir fühlen uns vor den Kopf gestoßen.“



Annabel Munding, Geschäftsführerin der VHS-Oberschwaben, wurde völlig überraschend gekündigt. Foto: vhs

WERBETECHNIK  
t.foehr@elsner-elsner.com

GRAFIK-DESIGN  
j.reuter@elsner-elsner.com

INTERNET  
j.elsner@elsner-elsner.com

erfolgreich seit 40 Jahren

elsner.elsner  
WERBEAGENTUR

www.elsner-elsner.com

# Neu-Ulm muss liefern

**NEU-ULM.** Die Auskreisung Neu-Ulms (NUXIT) wäre ein Novum in Bayern. Wohl deshalb schaut die Regierung von Schwaben in Augsburg im Auftrag des bayerischen Innenministeriums jetzt ganz genau hin.

Die Regierung von Schwaben fordert von der Stadt Neu-Ulm die Vorlage eines „umfassend ausgearbeiteten, umsetzungsreifen Konzepts“ für den Fall der Wiedererlangung der Kreisfreiheit. Es komme darauf an, „dass die Stadt Neu-Ulm die Gewähr dafür bietet, die auf sie zukommenden, vielfältigen Aufgaben bewältigen zu können“. Unterdessen läuft eine, von den Kreistagsfraktionen unterstützte Unterschriftensammlung für eine Petition der Anti-NUXIT-Bürgerinitiative „Landkreis? Ja, bitte!“ an den bayerischen Landtag. Das Gros der Bürgermeister im Landkreis hat sich in einem Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder gegen den NUXIT ausgesprochen. Die Regierung von Schwaben hat der Stadt Neu-Ulm einiges ins Stammbuch geschrieben: Einfach nur die für die Kreisfreiheit erforderlichen 50.000 Einwohner zu haben (Neu-Ulm: ca. 58.000), das genüge nicht. Alle sechs Wochen muss Neu-Ulm nun Augsburg Bericht erstatten. Denn die Regierung von Schwaben erarbeitet ihre Stellungnahme ans bayerische Innenministerium. Per Rechtsverordnung der bayerischen Staatsregierung und mit Zustimmung des bayerischen Landtags könnte der NUXIT gelingen. Klar ist allerdings: Die Regierung von Schwaben fordert eine Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis Neu-Ulm ein. Gemeint ist „eine kooperative Nutzung bereits vorhandener Einrichtungen“. Da geht es beispielsweise um die Abfallentsorgung, den Betrieb des Jobcenters, die weiterführenden Schulen und die Krankenhäuser. Die Regierung von Schwaben: „Jetzt ist die Stadt Neu-Ulm am Zug.“ Neu-Ulms Oberbürgermeister Gerold Noerenberg (CSU): Im Januar vergangenen Jahres seien die Gespräche und Verhandlungen seitens des Landkreises einseitig abgebrochen worden. Noerenberg sieht daher den Kreis in der Pflicht, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Landrat Thorsten Freudenberger (CSU) konterte: Bis zum NUXIT-Beschluss des Neu-Ulmer Stadtrates im März vergangenen Jahres habe man verhandelt. Gesprächsbereit sei man weiterhin. Mit Verwunderung hatte der Kreistag in seiner letzten Sitzung des Jahres 2018 zur Kenntnis genommen, dass der Regierung von Schwaben ein eindeutiges Votum des Landkreises gegen den NUXIT vermisste. Der Kreistag habe sich in seiner Stellungnahme zwar dafür ausgesprochen, den gegenwärtigen Status beizubehalten, aber „ohne einer Auskreisung eine absolute Absage zu erteilen“. Freudenberger irritiert: „Das war von uns doch unmissverständlich

formuliert.“ Der Kreistag hatte am 19. Oktober vergangenen Jahres mit 44 zu 9 Stimmen gegen den NUXIT votiert. Ein erneuter Kreistagsbeschluss zum NUXIT wurde jedoch im Dezember vergangenen Jahres nicht mehr gefasst; dies solle bei der ersten Kreistagssitzung dieses Jahres im März geschehen. Die Anti-NUXIT-Bürgerinitiative „Landkreis? Ja, bitte!“ setzt nun voll und ganz auf die Einreichung einer Petition an den bayerischen Landtag. Auch die Kreistagsfraktionen haben in einer groß angelegten Aktion Unterschriften für diese Petition gesammelt. Die Petition ist die einzige Möglichkeit der Bürger, sich in puncto NUXIT Gehör zu verschaffen, da der Stadtrat der Stadt Neu-Ulm die Zulassung eines Bürgerbegehrens abgelehnt hatte. Auch die meisten Bürgermeister des Landkreises Neu-Ulm haben ihr langes Schweigen gebrochen, und dem NUXIT eine klare Absage erteilt. In einem Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) hat der Kreisverband Neu-Ulm des bayerischen Gemeindetages seine Position dargelegt: Die Bürgermeister befürchten, dass der NUXIT für alle teuer werden könnte. Die Kreisumlage könnte nach dem Wegfall des finanzstarken Neu-Ulms steigen, zudem befürchten die Bürgermeister kostspielige Doppelstrukturen. Die Bürgermeister Jürgen Eisen (Illertissen) und Wolfgang Höb (Altenstadt), beide CSU, unterstützen das Anti-NUXIT-Schreiben der Bürgermeister an Söder nicht. Höb äußerte sich in der örtlichen Presse. Es gebe noch zu viele offene Fragen. Er und Eisen hätten sich einen längeren Vorlauf gewünscht, um sich mit dem Gemeinderat abstimmen zu können. Höb regte einen NUXIT-Beschluss aller Gemeinderäte im Landkreis an. Eisen äußerte presseöffentlich Bedenken ob der finanziellen Leistungsfähigkeit des Rest-Landkreises im Falle des NUXIT. Dann sei das Land Bayern in der Pflicht, finanziell zu helfen. Hintergrund: Illertissen könnte wieder die Kreisstadt des Rest-Landkreises werden, falls es zum NUXIT kommt. Der Neu-Ulmer Kreistag hat derweil Gnade vor Recht ergehen lassen, und die Landtagsabgeordnete Beate Merk (CSU), die auch im Neu-Ulmer Kreistag sitzt, bezüglich ihres vorzeitigen Abgangs bei der Abstimmung im Kreistag über den NUXIT am 19. Oktober nicht bestraft. Merk hatte seinerzeit die Kreistagssitzung vorzeitig verlassen, weil sie – als ehemalige Neu-Ulmer Oberbürgermeisterin und als Landtagsabgeordnete auch Mitentscheiderin im Landtag über den NUXIT – kein eindeutiges Votum für oder gegen den NUXIT abgeben wollte. Und eine Enthaltung sieht die bayerische Kommunalverfassung nicht vor. Sich vor der Abstimmung zu drücken, ist in Bayern ebenfalls nicht zulässig. Merk hätte deshalb mit einem Bußgeld belegt werden können.

*Neu-Ulm möchte kreisfrei werden. Die Regierung von Schwaben fordert von der Stadt (Foto: vom Ulmer Münster aus) hierfür ein ausgefeiltes Konzept.*





G U Y - P A S C A L D O R N E R

# Riedlinger entscheiden

**RIEDLINGEN.** Am 27. Januar haben die Riedlinger Bürger das letzte Wort: Sie entscheiden über das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Stadthallenareals (siehe auch BLIX vom Dezember 2018). Denn die Donaustadt ist in zwei Lager gespalten: Die einen, repräsentiert von Bürgermeister Marcus Schafft (CDU) und dem Gros der CDU-Gemeinderatsfraktion, wollen die „große Lösung“ mit Investor. Die anderen, darunter die Mehrheit des Gemeinderates, setzen auf eine Neugestaltung peu à peu in Eigenregie der Stadt.

Im Vorfeld des Bürgerentscheids gab es Knatsch zwischen Schafft und dem Gros des Gemeinderates über den Beitrag der Stadtverwaltung in der allen Riedlinger Haushalten zugestellten Bürgerinformationsbro-

schüre zum Stadthallenareal. Die Räte, als oberstes Organ der Kommune, wollten diesen vorab lesen; Schafft wies dies als „Zensur“ zurück. Dabei blieb es.

Im Fokus: eine altstadtnahe Fläche rechts der Hindenburgstraße, südlich der Donau bzw. des Kanals. Dort befinden sich die Stadthalle, ein stillgelegter Schlachthof und ein Standort der Viehzentrale Südwest. Unstrittig: Dort soll ein Drogeriemarkt neu gebaut werden. Zum Vorschlag der Stadtverwaltung, das ganze Areal in einem Zuge zu überplanen und größtenteils mit Hilfe eines Investors zu vermarkten, sagte der Gemeinderat jedoch: Nein! Auch einen zusätzlichen Lebensmittelmarkt lehnte er ab. Das Areal solle schrittweise durch die Stadt selbst entwickelt werden. Die Stadthalle solle bestehen bleiben, bis über Sanierung bzw. Abriss und Neubau entschieden und die Finanzierung gesichert ist. Schafft hatte erfolglos Widerspruch gegen diesen Ratsbeschluss eingelegt. Nun haben die Bürger das Wort. Sie entscheiden, ob der Gemeinderatsbeschluss Bestand hat, oder ob dieser gekippt wird und damit der ursprüngliche Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung zum Tragen kommt. Die Details beider Positionen finden die Riedlinger in einer Bürgerinformationsbroschüre, die jedem Haushalt zugestellt wurde.

Über die weitere Vorgehensweise bei der Neugestaltung des Stadthallenareals (siehe Markierung) entscheiden die Bürger. Foto: Thomas Warnack



## Simone Rürup siegt überraschend eindeutig

**BLIX-LAND.** Gleich im ersten Wahlgang wählten die Baidtler die bisherige Ortsvorsteherin von Eschach (Ravensburg) Simone Rürup (49) zur Bürgermeisterin – und dies trotz zweier ernst zu nehmender Mitbewerber. Auch im neuen Jahr stehen in Oberschwaben wieder diverse Bürgermeisterwahlen an. (gpd)

In dieser Eindeutigkeit war das Baidtler Wahlergebnis doch überraschend. Simone Rürup hatte im ersten Wahlgang der Bürgermeisterwahl satte 64,9 Prozent erreicht und kratzte somit gar an einer Zweidrittelmehrheit. Stefan Obermeier, Vermessungsdirektor und ehemaliger Bürgermeister von Ebenweiler, erreichte mit 26,8 Prozent der Stimmen den zweiten Platz. Der Geschäftsführer des Weingartener Stadtmarketings, Marcus Schmid, holte 7,4 Prozent. Wahlsiegerin Rürup war ob des eindeutigen Ergebnisses selbst überrascht. Sie wie auch Baidtts Hauptamtsleiter Walter Planegg hatten fest mit einem zweiten Wahlgang gerechnet. Die Wahlbeteiligung lag mit 53,7 Prozent niedriger als bei der Wiederwahl Elmar Buemanns 2010. Buemann hatte nach zwei Amtszeiten aus Altersgründen nicht mehr kandidiert. Buemanns Verabschiedung und die Amtseinsetzung Rürups ist am 12. Februar.

Natürlich stehen auch in diesem Jahr wieder Bürgermeisterwahlen an. So wählen am 13. Januar die Bürger von Ebersbach-Musbach ihren Bürgermeister; einziger Kandidat ist Amtsinhaber Roland Haug. Am 24. März wählen die Bürger von Schwendi einen Nachfolger/eine Nachfolgerin für Günther Karremann, der nach 24 Jahren als Bürgermeister nicht mehr antritt. Wer sich bewirbt, ist bislang nicht bekannt. Ebenfalls im März stellt sich Berkheims Bürgermeister Walther Puza der Wiederwahl. Noch ist unklar, ob er mit Mitbewerbern zu rechnen



Simone Rürup ist die neue Bürgermeisterin von Baidt.